



Kohle raus Wasser rein packt die **Badehose** ein?

COTTBUSER OSTSEE die Rechnung soll der Bürger zahlen

Mit dem „Cottbuser Ostsee“ entsteht in der Lausitz der erste Tagebausee in Verantwortung des privatisierten Bergbaus. Der Vattenfall-Konzern hat die Flutung des Tagebaues Cottbus-Nord bei den Landesbehörden beantragt und möchte möglichst schnell die Verantwortung abgeben. Doch teure Spätfolgen des Bergbaus treten erst Jahre nach der Flutung zutage. Auch der Spreewald und Berlin können davon betroffen sein. Wenn wir jetzt nicht aufpassen, zahlen dafür die Bürger! Dieses Papier fasst die Probleme zusammen, die wir nach einer Analyse der Antragsunterlagen befürchten sowie die Forderungen, die wir daraufhin vertreten.



Je mehr Seen, desto besser?

Wo der Laie zuerst an Badehosen denkt, fallen dem Wasserfachmann Abflussdefizite ein: Bereits jetzt gibt es durch den jahrzehntelangen Bergbau viel mehr Seeflächen, als natürlicherweise in der Lausitz vorkommen könnten. Für die Spree, in der das Wasser oft knapp ist, ist aus Sicht des Wasserhaushaltes jede weitere Seefläche eine zu viel.

Allein die Verdunstung entzieht der Region Millionen von Kubikmetern Wasser. Die anerkannten Regionalmodelle zum Klimawandel in Brandenburg lassen zudem eine dramatische Verschlechterung der klimatischen Wasserbilanz in der Lausitz erwarten. Diese fachliche Selbstverständlichkeit hat bisher nicht Eingang in die landesplanerischen Ziele gefunden. Eine große Seefläche ist nämlich die für das Unternehmen billigste Form der Rekultivierung eines Tagebaues.

Auch der Cottbuser See soll größer werden als nötig, mit etwa 1.900 Hektar wäre er der größte künstliche See Deutschlands. Diese riesige Fläche ist keinesfalls durch die entnommene

Kohle unvermeidlich („Massendefizit“), wie Vattenfall behauptet. Das träfe nur auf die tiefe Rinne am Nordufer („Randschlauch“) zu. Der größte Teil des Sees wird ein Flachwasserbereich, der gerade noch die Mindesttiefe von 2 Metern einhält. Der See könnte mit demselben Massendefizit auch viel kleiner und etwas tiefer werden und trotzdem von Neuendorf bis Schlichow reichen. Eine Variantenuntersuchung dazu hat nie stattgefunden. Seit die damalige LAUBAG im Dezember 1992 einen Rahmenbetriebsplan beantragte, wurden die Umriss des Sees in allen Plan- und Genehmigungsverfahren übernommen und abgenickt. Dabei hat sich der Bergbau hier offensichtlich nur die billigste Variante ausgesucht. Bürgerbeteiligung wurde durch die Landesregierung gezielt verhindert, indem die Rahmenbetriebs- und Braunkohlenplan ohne Umweltprüfungen und öffentliche Auslegung verabschiedet wurden.

Die Folgen werden über Jahrhunderte zu tragen sein.

Schleichende Gefahr für den Spreewald

Im Grundwasser der Tagebaukippe Cottbus-Nord herrschen nach Vattenfall-Angaben Konzentrationen von bis zu 700 Milligramm Eisen pro Liter (ab 2 Milligramm färben sich Flüsse braun) und bis 3000 Milligramm Sulfat pro Liter (Trinkwassergrenzwert: 250 mg/l). Vattenfall erwartet laut den Antrags-

unterlagen, das Kippenwasser würde durch die Flutung mit Spreewasser dauerhaft „eingekapselt und das Stoffpotential weitgehend immobilisiert“. Der Ostsee also ein sicheres Endlager für Sulfat und Eisen? Dieses Endlager ist in fast alle Richtungen offen: Die zur Begrenzung der Grundwasserabsenkung des Tagebaues gebaute unterirdische Dichtwand umschließt nur einen Teil des Sees. Sobald sich die ursprüngliche Fließrichtung des Grundwassers von Süd nach Nord wieder einstellt, könnte auch Kippenwasser das Ende der Dichtwand umströmen. Auch wenn Grundwasser langsam fließt: Nach einigen Jahren käme es im Biosphärenreservat Spreewald an. Weil das Gelände auf dem Weg dorthin abfällt, könnte die Eisenfracht dabei in die Oberflächengewässer eingetragen werden, genauso wie es derzeit südlich von Spremberg mit Eisen aus früheren DDR-Tagebauen geschieht. Falls Malxe, Hammergraben oder Schwarzer Graben verockern, ist der braune Schlamm nur wenige Tage später im Spreewald.

Verockerung und „braune Spree“

Etwa ein Dutzend Tagebaue aus der DDR-Zeit wurden kurz nach 1990 stillgelegt. Für ihre Sanierung kommt der Steuerzahler durch die bundeseigene Gesellschaft LMBV auf. Wo das Grundwasser nicht mehr abgepumpt wird, steigt es an und bekommt jetzt, nach etwa zwanzig Jahren, in vielen Bereichen wieder Kontakt zu den Oberflächengewässern. Stark eisenhaltiges Wasser gelangt nun an vielen Stellen („diffuse Quellen“) in die Fließgewässer. Schwerpunkte des Problems liegen bisher an der Spree bei Spremberg und an Bächen südlich von Vetschau. Das Wasser färbt sich braun, Eisenhydroxid (Ocker) setzt sich an allen Oberflächen ab. Es bedeckt den Gewässergrund mit einem lebensfeindlichen Belag und setzt auch die Kiemen von Wassertieren zu. Es wird geschätzt, dass allein die DDR-Tagebaue die Gewässer noch mindestens 100 Jahre lang belasten werden. Nun soll in der ersten Vattenfall-Grube ebenfalls das Wasser wieder steigen.



Sulfat in der Spree

Bergbau auf Kosten des Berliner und Frankfurter Trinkwassers

Die Versalzung der Spree mit Sulfat geht ganz überwiegend auf den aktiven Bergbau zurück. Sie stellt inzwischen die Einhaltung des Sulfat-Grenzwertes von 250 mg/l bei der Trinkwassergewinnung aus Uferfiltrat für 2 Millionen Wasserkunden in Berlin und Frankfurt/Oder in Frage. Zugleich zersetzt Sulfat Betonbauwerke am Gewässer, die überwiegend Anlagen der öffentlichen Infrastruktur darstellen.

Vattenfalls Antrag geht von einer bergbaulich beeinflussten Seewasserqualität von 500 mg/l Sulfat aus. Auch höhere Werte sind

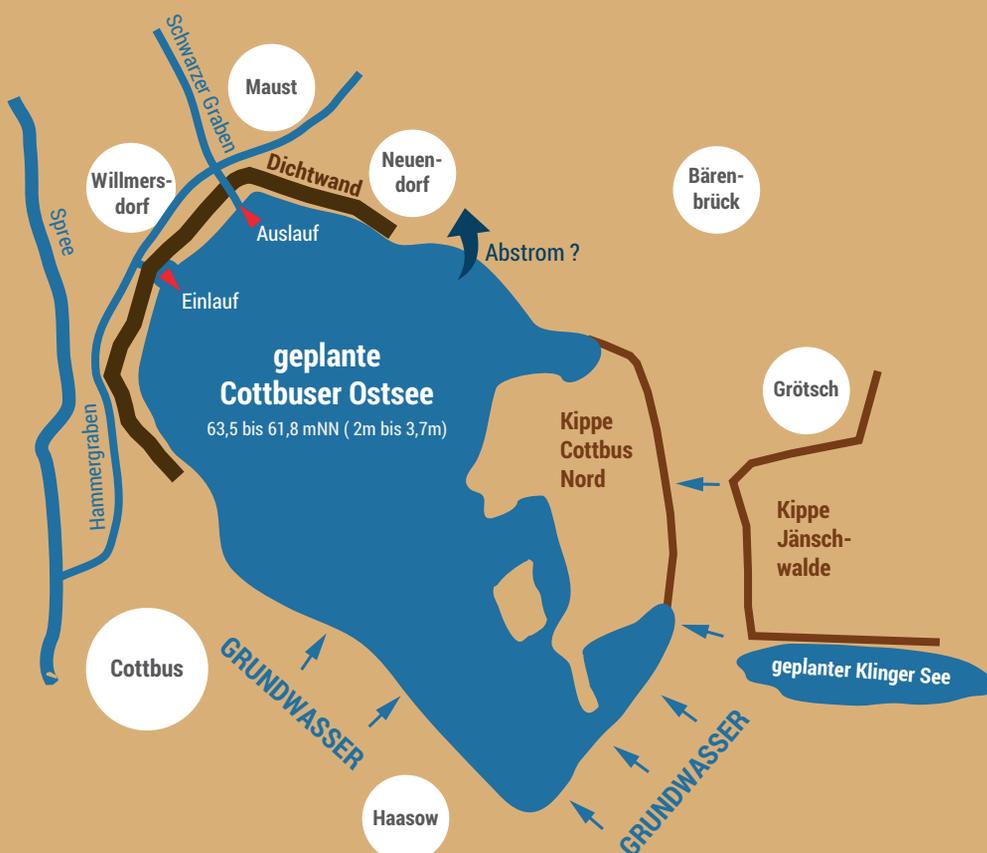
möglich. Weil Sulfat sich nicht wie Eisen am Grund absetzt, würde es über den Auslauf auch in dieser Konzentration in die Spree gelangen.

Schon jetzt ist mit rund 350 mg/l am Pegel Fehrow zu viel Sulfat in der Spree. Einen weiteren Anstieg aufgrund des Cottbuser Ostsees will Vattenfall nicht etwa vermeiden, sondern die Zielwerte für die Spree sollen an den Tagebau angepasst werden:

„Der Immissionszielwert für Sulfat wurde ohne Berücksichtigung des „Cottbuser Ostsees“ als Randbedingung im Gewässersystem festgelegt und sollte daher im Rahmen des Verfahrens neu festgelegt werden.“ (Planfeststellungsantrag, S. 104) Vattenfall sieht sich hier offensichtlich nicht als Antragsteller, sondern will den betroffenen Bundesländern Brandenburg und Berlin „Randbedingungen“ für die Gewässerbewirtschaftung vorschreiben. Andersherum wird ein Schuh draus: Die Behörden müssen Vattenfall einen Grenzwert für die Einleitung vorschreiben.

Wie in der Lausitz Schwefelsäure gemacht wird

Um Braunkohle zu gewinnen, muss der Boden etwa 100 Meter tief abgegraben werden. Ebenso tief wird dabei das Grundwasser abgesenkt. In den Schichten über der Kohle lagerten seit Millionen von Jahren Verbindungen aus Eisen und Schwefel (Pyrite) ohne Schaden anzurichten. Kommen sie jedoch durch Grundwasserabsenkung und Bagger mit Luft und anschließend wieder mit Wasser in Berührung, zerfallen sie zu Eisen und Schwefelsäure bzw. deren Salz, dem leicht löslichen Sulfat.



Das Wasser im See

Die Hui- und Pfui-Zone

Der See soll mit Spreewasser geflutet werden. Gelingt das wie geplant innerhalb von sechs Jahren, ist er zu diesem Zeitpunkt zu 88 % mit Spreewasser und zu 12 % mit Grundwasser gefüllt. Doch was passiert danach? 25 Kilometer Ufer soll der See haben, aber Einlauf und Auslauf liegen beide im Nordosten – nur zwei Kilometer voneinander entfernt. Von Süden und Südosten strömt dagegen Grundwasser an. Dass sich das Seewasser über diese riesige Fläche regelmäßig mischt, wird in Vattenfalls Antrag zwar behauptet, aber von keinem der beigefügten Gutachten untersucht.

Tatsächlich wird das Spreewasser wohl den kürzesten Weg durch den See nehmen und große Teile der Seefläche von der Qualität des zuströmenden Grundwassers abhängen. Auf der riesigen Wasseroberfläche würde zudem viel von diesem Wasser verdunsten, mitgeführtes Eisen und Sulfat bliebe dagegen im See. Dann drohen große Teile des Cottbuser Ostsees zum Absetzbecken für die Eisenfrachten aus den umliegenden vom Bergbau beeinflussten Flächen zu werden. Je nach Intensität leiden die Strände und die Lebewesen der Flachwasserzone darunter.

Vattenfall schreibt in einer Informationsbroschüre, man habe ja Erfahrungen in der Lausitz und könne notfalls Sanierungsschiffe einsetzen. Deren dauerhafter Erfolg ist aber noch nicht nachgewiesen. Zudem schreibt Vattenfall nicht, auf wessen Kosten das erfolgen würde. Das hängt nämlich davon ab, ob die Behörden den Konzern aus der Verantwortung entlassen, bevor sich solche Zustände einstellen.



Vernässungen um den See

Ein Vattenfall-Gutachten von 2001 stellte fest: „Bei den prognostizierten Grundwasseranstiegen in Zusammenhang mit der Flutung des Cottbuser Sees kann es in den Gemeinden Haasow, Neuendorf, Bärenbrück und Grötsch zu folgenden primären Problemen kommen:

- Grundwasserkontakt von Medienträgern
- Vernässung bzw. Wasserzutritte in Keller
- Mauerwerksvernässung
- Bauwerkssetzungen
- Auftrieb von Straßen.“¹

¹ Erfassung, Prognose und Bewertung der Entwicklung der Grundwasserverhältnisse sowie der Oberflächengewässer und Vorflutverhältnisse im Gebiet des künftigen Cottbuser Sees, ARCADIS 2001, S. 70)

In den jetzigen Antragsunterlagen finden nur noch Willmersdorf-Nord und Teile von Bärenbrück Erwähnung, weil man hier erwartet, das Grundwasser weniger als 25 cm unter der Oberfläche stehen wird. Die oben zitierten Probleme können aber bereits bei größeren Flußabständen auftreten. Welche Schäden auftreten werden und welche davon der Bergbau verursacht, wurde bisher nicht unabhängig untersucht. Vor allem in Maust sorgt sich die Bürgerinitiative „Achtung Ostsee!“ um mögliche Vernässungen. Eine Vernässung von Grundstücken in der Hammergrabensiedlung wird in den Antragsunterlagen nicht ausgeschlossen: Während der Flutungphase wäre der Hammergraben dort dauerhaft randvoll, während gleichzeitig das Grundwasser steigt. Die unterirdische Dichtwand soll erhalten bleiben, damit der Norden von Cottbus-Willmersdorf nicht noch stärker vernässt. Mit der Schaffung des Sees wird das Dorf also für Jahrhunderte vom Funktionieren der Wand abhängig. Untersuchungen dazu, wie dauerhaft die Dichtwand sicher diese Funktion erfüllt, wurden nicht vorgelegt. Wie lange haftet Vattenfall für das Funktionieren seines Bauwerkes?

Der Tagebau Cottbus-Nord

Der Tagebau Cottbus-Nord beliefert das Kraftwerk Jänschwalde. Die Grube, die seit 1983 Kohle fördert, zerstörte die Orte Tranitz, Groß Lieskow, Klein Lieskow, Teile von Schlichow und nach langem Widerstand auch Lacoma und die Lacomaer Teichlandschaft. 1994 wurde der größte Teil des Tagebaufeldes pri-

vatisiert. Die schon in der DDR-Zeit abgebagerten Flächen im Osten verwaltet jedoch bis heute die bundeseigene Gesellschaft LMBV. Ende des Jahres 2015 wird die Kohle im Tagebau Cottbus-Nord erschöpft sein, ab 2018 will Vattenfall die Grube mit Wasser aus der Spree fluten.



Speicher & Gewässerunterhaltung: Dauerhafte Kosten für die Allgemeinheit

Während Vattenfall die einmalige Herstellung des Sees bezahlt, soll die öffentliche Hand alles übernehmen, was dauerhaft immer wieder Kosten verursacht.

Touristische Infrastruktur müssen die Anrainerkommunen schaffen. Deshalb wurden die Pläne des „Masterplanes Cottbuser Ostsee“ wegen Geldmangel bereits deutlich zusammengestrichen.

Wem der See später gehören soll, ist bisher nicht geklärt. Vattenfall erwartet, das Land Brandenburg werde den See übernehmen. Aber warum sollten verantwortungsbewusste Volksvertreter das tun?

Auch die Bewirtschaftung des Cottbuser Sees als Wasserspeicher soll die öffentliche Hand bezahlen. Das klingt erst einmal logisch, da ein Speicher ja keine Bergbaufolge ist. Aber auf den zweiten Blick zeigt sich: Vattenfall gesteht in seinem Antrag ein, dass die Restseen der Tagebaue Welzow-Süd II und Nochten 2 später den Durchfluss der Spree nach Berlin verringern werden. Das werde durch den Speicher Cottbuser See wieder ausgeglichen.² Wir fordern die Einhaltung des Verursacherprinzips: Wer in Welzow-Süd und Nochten weiterbaggern will, muss auch die Bewirtschaftung des Speichers bezahlen. Eine Variante mit Cottbuser See, aber ohne neue Tagebaue wurde von Vattenfall einfach ganz verschwiegen, obwohl sie offenbar die beste für die langfristige Wasserversorgung Berlins ist.

² *Komplexgutachten zur Bewirtschaftung des Cottbuser Sees, S. 67-69*

WIR FORDERN

➔ Strenge und verbindliche Ausleitwerte für Eisen und Sulfat. Die Einleitung von mehr als 250 mg/l Sulfat in die Spree kann nicht länger akzeptiert werden.

➔ Der Bergbautreiber ist zu einem dauerhaften Monitoring des Grundwassers zu verpflichten. Strömt Kippenwasser aus dem Tagebauegebiet, muss er die Gegenmaßnahmen dauerhaft und auf eigene Kosten durchführen.

➔ Die Haftung des Bergbaubetriebs (Bergaufsicht) ist nicht zu beenden, bevor bei nachbergbaulichem Grundwasserstand eine Nachsorgefreiheit eindeutig nachgewiesen ist. Touristische Nutzungen können als Zwischennutzung dennoch beginnen, das wurde an anderen Tagebauseen in der Lausitz bereits praktiziert.

➔ Eine Übertragung des Gewässers an das Land Brandenburg oder kommunale Träger ist aufgrund der langfristigen Kostenrisiken zu vermeiden.

➔ Werden die Tagebaue Welzow-Süd II und Nochten 2 nicht noch verhindert, muss ihr Betreiber die nachbergbaulichen Folgen auf den Mindestabfluss der Spree ausgleichen, indem er dauerhaft die Bewirtschaftung des Cottbuser Speichers finanziert.

➔ Fehlende Untersuchungen müssen nachgeholt und erneut öffentlich ausgelegt werden.

➔ Die Behörden dürfen Entscheidungen nicht auf Wasserbewirtschaftungsmodelle für die Region Lausitz stützen, die ausschließlich unter dem Einfluss des Bergbauunternehmens stehen. Wir wollen kein Datenmonopol privater Konzerne an unseren natürlichen Lebensgrundlagen!

➔ Die Minimierung zusätzlicher Seeflächen in der Lausitz muss als Planungsziel in den Landesentwicklungsplan aufgenommen werden.



Die Öffentlichkeit kann bis zum 25. Februar 2015
Einwendungen zur „Cottbuser Ostsee“
bei der Bergbehörde einreichen, Kommunen
und Behörden (Träger öffentlicher Belange)
bis zum 13. März 2015

Ein Planfeststellungsbeschluss wird für 2016 erwartet.

Ausführliche Informationen?

Unsere ausführliche Stellungnahme zum Planfeststellungsantrag auf unserer Internetseite verfügbar.

www.kein-tagebau.de

Herausgeber

GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus

Straße der Jugend 94
03046 Cottbus

umweltgruppe@kein-tagebau.de

*Die Umweltgruppe Cottbus entstand 1987 als
Oppositionsgruppe unter dem Dach der Kirche.
Seit 1990 ist sie Mitglied des Umweltsnetzwerkes GRÜNE LIGA.*